

Andreas Klein

# Quo vadis Macedonia?

**Zu den Präsidentschaftswahlen  
in der Republik Mazedonien  
vom 31. Oktober und 14. November 1999**

Mazedonien hat einen neuen Präsidenten gewählt. In einem Kopf-an-Kopf-Rennen setzte sich im zweiten Wahlgang der Kandidat der Regierungspartei VMRO-DPMNE<sup>1)</sup>, Boris Trajkovski, gegen seinen Kontrahenten von der sozialdemokratischen Partei SDSM, Tito Petkovski, durch. Trajkovski tritt damit die Nachfolge des aus Altersgründen nicht mehr zur Wiederwahl angetretenen Amtsinhabers Kiro Gligorov (SDSM) an, der das Land 1991 in die Unabhängigkeit geführt hatte. Der Abstand von zuletzt inoffiziellen 80 000 Stimmen ist um so überraschender, als im ersten Wahlgang am 31. Oktober Tito Petkovski noch mit deutlichen zwölf Prozent vor dem zweitplatzierten Boris Trajkovski und den übrigen vier Bewerbern lag. Ausschlaggebend für die plötzliche Wende war das Abstimmungsverhalten der albanischen Minderheit, die etwa 21 Prozent der Bevölkerung Mazedoniens ausmacht. Während Tito Petkovski in der ersten Runde des Wahlkampfes die antialbanische Karte spielte und bewusst die Ängste der mazedonischen Bevölkerung vor der Überfremdung ihres Landes schürte, vermied Boris Trajkovski bei seinen Wahlkampfauftritten jede Äußerung, die die vorhandenen Spannungen zwischen den beiden großen Bevölkerungsgruppen zusätzlich anheizen konnte.

Nach dem ersten Wahlgang schieden bereits die Kandidaten der beiden bedeutendsten albanischen Parteien, Muarem Nedschipi (DPA)<sup>2)</sup> und Muhamed Halili (PDP)<sup>3)</sup>, sowie Vasil Tupurkovski (Demokratische Alternative, DA), und der Bewerber der liberalen Partei LDP, Stojan Andov, aus dem Rennen um die Präsidentschaft aus. Wahlberechtigt waren rund 1,6 Millionen Menschen, von denen sowohl im

**Nur knapp konnte sich der Kandidat der Regierungspartei VMRO-DPMNE, Boris Trajkovski, in den Ende 1999 stattfindenden Wahlen für das Präsidentenamt gegen den Herausforderer Tito Petkovski von der sozialistischen SDSM durchsetzen. Seinen Sieg verdankt er nicht zuletzt seiner unbelasteten politischen Vergangenheit, aber auch der besonderen Popularität, die er sich als Vizeaußenminister in den Zeiten des Kosovo-Krieges erworben hat. Jedoch steht Trajkovski unter erheblichem Erfolgszwang angesichts der großen Probleme, denen sich das Land am Ende des ersten Jahrzehnts seiner Unabhängigkeit gegenübersieht. Zwar gilt die „mazedonische Frage“ gegenüber Sofia, Belgrad und sogar Athen zunächst als gelöst, jedoch wirft der Krieg, von dem Mazedonien direkt betroffen war, nach wie vor dunkle Schatten: Die NATO im Land wird zunehmend als Besatzungsmacht empfunden, die durch die Flüchtlinge ausgelöstete Furcht vor „albanischer Überfremdung“ wächst, die wirtschaftliche Situation verschlechtert sich weiter, nicht zuletzt wegen des Wegfalls Serbiens als des wichtigsten Handelspartners.**

- 1) Innere Makedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Makedonische Nationale Einheit.
- 2) Demokratische Partei der Albaner.
- 3) Partei der Demokratischen Prosperität.

ersten als auch im zweiten Wahlgang rund 65 Prozent ihr demokratisches Recht, über das Staatsoberhaupt in direkter Wahl zu bestimmen, wahrnahmen.

Aufgrund einiger Unregelmäßigkeiten bei der Stimmabgabe, insbesondere im hauptsächlich von Albanern bewohnten Westen des Landes, mussten in einer Reihe von Bezirken Nachwahlen abgehalten werden. Diese führten allerdings zu keiner gravierenden Verschiebung des Wahlergebnisses, und so wird Boris Trajkovski nun, rund vier Wochen nach dem offiziellen Termin, am kommenden Mittwoch in das Amt des Präsidenten der Republik Mazedonien eingeführt. Damit ist der Machtwechsel von einem immer noch sozialistisch geprägten Regime zu einer marktwirtschaftlich-konservativen Staatsführung endgültig vollzogen. Seit der Regierungsübernahme durch VMRO-DPMNE nach den Parlamentswahlen im Herbst 1998 wurde eine Reihe von wichtigen Reformen begonnen, deren Wirkung allerdings aufgrund des Kosovo-Krieges teilweise stark beeinträchtigt wurde. Die Präsidentschaftswahlen sollten diesbezüglich der Regierung mit dem Sieg ihres Kandidaten neue Energie für die Fortsetzung ihrer nach Westen gewandten, marktwirtschaftlich ausgerichteten Politik geben.

Da Mazedonien als einzige der zu Beginn der neunziger Jahre aus der jugoslawischen Föderation in die Unabhängigkeit strebenden Teilrepubliken ihren eigenen Staat ausrufen konnte, ohne zuvor, wie in Kroatien, Slowenien oder Bosnien-Herzegowina geschehen, einen blutigen Krieg mit den serbischen Verbänden führen zu müssen, und angesichts der relativen politischen und ethnischen Stabilität ist die junge Republik oftmals vom Westen als Musterland für den Balkan betrachtet worden. Bei genauerem Hinsehen allerdings stellt der Betrachter eine Reihe von erheblichen, die Stabilität des Landes gefährdenden Problemen fest.

### ■ Außenpolitische Probleme

Wenngleich auf dem Gebiet der Republik Mazedonien selbst keine Kampfhandlungen stattfanden, tangierte der Krieg in den benachbarten Regionen auch unmittelbar die Entwicklung des Landes. Als die Vereinten Nationen das Embargo über „Rest-Jugoslawien“ verhängten, war Mazedonien mit einem Schlag seines

wichtigsten Handelspartners Serbien und der Hauptverkehrsroute vom Westen in die Hauptstadt Skopje beraubt. Zudem befanden sich auch noch nach der formellen Unabhängigkeit im November 1991 Truppenteile der Jugoslawischen Volksarmee in der ehemaligen Teilrepublik, so dass bis zu deren friedlichem Abzug im März 1992 äußerstes Feingefühl aller staatstragenden Elemente beim Aufbau des neuen Staatswesens gefordert war.

Mit der Konstituierung des neuen Staates als „Nationalstaat des mazedonischen Volkes“ (Präambel der Verfassung) keimte nun als weiteres Problem erneut die seit dem 19. Jahrhundert immer wieder diskutierte „Mazedonische Frage“ auf. Diese sorgte seit jeher für politischen Sprengstoff auf dem Balkan und versetzte auch noch am Ende des 20. Jahrhunderts die Anrainerstaaten in einige Unruhe.

Sowohl die Regierungen in Belgrad als auch in Sofia widersprachen entschieden der Existenz einer eigenständigen mazedonischen Nation. Während Serbien die Mazedonier als überfremdete Südserben betrachtet und die Gründung der jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien einzig auf die Absicht der Tito-Administration zurückführt, das Übergewicht Serbiens in der Jugoslawischen Föderation auszubalancieren, sieht Bulgarien die Mazedonier aufgrund der kulturellen und sprachlichen Verwandtschaft als Westbulgaren an. Trotz dieser Einwände gewährten jedoch schließlich die bulgarische Regierung und auch Serbien, das sich als letzter Nachbarstaat der allgemeinen Entwicklung anschloss (1996), dem neugeschaffenen Staat die diplomatische Anerkennung.

Tiefergehend war die Ablehnung Griechenlands gegenüber dem nördlichen Nachbarn. Die Regierung in Athen störte sich in erster Linie an der Namensgebung der neuen Republik, da sie territoriale Ansprüche auf die gleichnamige Region im Norden ihres eigenen Landes befürchtete, die von den sogenannten „slawophonen Hellenen“ bewohnt wird. Genährt wurden diese Befürchtungen durch die Übernahme des 16-strahligen Sterns von Vergina in die Staatsflagge der Republica Makedonija, der Erinnerungen an das antike mazedonische Reich hervorrief, das auch schon vor den Eroberungen Alexanders des Großen weite Teile des heutigen Griechenland, Albanien, Bulgarien und der Türkei umfasste. Der

Konflikt wurde zumindest partiell durch den Abschluss einer vorläufigen Vereinbarung zwischen beiden Staaten am 12. September 1995 in New York geschlichtet. Die Republik Mazedonien änderte ihre Staatsflagge und ersetzte den Stern durch die mazedonische Sonne und garantierte die Unveränderlichkeit der bestehenden Grenzen. Griechenland nahm im Gegenzug am 1. Januar 1996 diplomatische Beziehungen zum Nachbarstaat auf. Dennoch, völlig spannungsfrei ist das griechisch-mazedonische Verhältnis auch knapp vier Jahre nach der beidseitigen Anerkennung noch immer nicht.<sup>4)</sup>

4) Vgl. zur „Mazedonischen Frage“: Herbert Büschenfeld, „Makedonien – Probleme eines neuen Staates“, in: *Europa Regional*, Nr. 7 (1999) 1, S. 13-21.

Als im März 1999 die militärische Auseinandersetzung zwischen den Luftstreitkräften der NATO und den serbischen Militäreinheiten im Kosovo sowie die Bombardierung „Rest-Jugoslawiens“ begann, drohte Mazedonien schließlich doch noch in einen Krieg mit Serbien hineingezogen zu werden. Am 27. Mai bat die NATO-Führung die Regierung in Skopje um die Erlaubnis, 14 000 zusätzliche Soldaten auf dem Gebiet der Republik Mazedonien stationieren zu dürfen. Dies verstärkte die Zahl der NATO-Truppen im Land, die bereits in den Monaten zuvor als *Peacekeeping Forces* zur Verhinderung einer Ausweitung des Krieges auf die übrigen Balkanstaaten in Skopje, Tetovo, Strumica und Ohrid stationiert waren, auf rund 30 000 Soldaten; diese Kräfte konnten aber ebenso für eine Bodenoffensive im Kosovo eingesetzt werden. Im Innern wurde der Kurs der Regierung, die die Stationierung der NATO-Truppen schließlich gestattete, von weiten Teilen der Bevölkerung mit Kritik aufgenommen, nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die den ohnehin nicht sonderlich prosperierenden mazedonischen Unternehmen durch die Bombardierung ihres wichtigsten Handelspartners zusätzlich erwachsen. Angesichts von 250 000 meist albanischstämmigen Flüchtlingen aus dem Kosovo, die die Stabilität der Republik Mazedonien erheblich zu beeinträchtigen drohten, sah die Regierung um den jungen Premierminister Ljubcho Georgievski keine Alternative zur vollen Unterstützung des NATO-Einsatzes. Erst die Durchsetzung eines Friedens in der umkämpften Region würde die Rückkehr aller Flüchtlinge in den Kosovo ermöglichen und dadurch auch den wachsenden inneren Spannungen zwischen den beiden ethnischen

Gruppen in der Bevölkerung mehr oder minder entgegenwirken.

Außenpolitisch verzeichnete die nach den Wahlen im Oktober 1998 an die Regierung gelangte Koalition aus VMRO-DPMNE, DA und DPA unter Ljubcho Georgievski durch die prompte Aufnahme tausender von Flüchtlingen in Mazedonien weltweite Anerkennung und Aufmerksamkeit und dadurch nicht zuletzt auch dringend benötigte Investitionen und Hilfsleistungen der internationalen Staatengemeinschaft in Millionenhöhe. Im Innern jedoch wurden die ohnehin bestehenden Gräben zwischen der mazedonischen und der albanischen Bevölkerung weiter aufgerissen. Durch den gewaltigen Flüchtlingsstrom albanisch-stämmiger Kosovaren wurde die Furcht der Mazedonier vor einer Überfremdung des Landes durch die Albaner verstärkt.

### ■ **Innenpolitische Probleme**

Während ethnische Spannungen im multinationalen Jugoslawien Tito'scher Prägung aufgrund der autonomen Selbstverwaltung der verschiedenen Teilrepubliken unter der Oberfläche blieben, traten Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen nach der Zeitenwende 1989/90 offen zu Tage. So wurde auch die Republik Mazedonien bereits im Schatten eines nicht unerheblichen Konfliktpotentials zwischen den beiden größten Bevölkerungsteilen, den Mazedoniern (etwa 67 Prozent) und Albanern (etwa 21 Prozent), gegründet.

Die gewichtigen Differenzen beider Nationalitäten wurzeln in ihrer unterschiedlichen Herkunft. Während die Mazedonier zu den slawischen Völkern gehören, stammen die Albaner von der vorslawischen Bevölkerung der Balkanhalbinsel, möglicherweise den antiken Illyrern, ab. Unterschiede der Sprache, Schrift und Konfession bauen erhebliche Barrieren zwischen den beiden Bevölkerungsteilen auf. Die Mazedonier stehen mehrheitlich in der Tradition des Christentums, das von den Brüdern Kyril und Method von mazedonischem Boden aus im neunten Jahrhundert unter den Balkanslawen verbreitet wurde. Ebenso steht hier die Wiege des kyrillischen Alphabets, das in ganz Ost- und Südosteuropa Verbreitung fand. Demgegenüber sind die Albaner überwiegend Muslime; sie benutzen das lateinische Alphabet. Die

Türme der Moscheen im Grenzgebiet zu Albanien und dem Kosovo bzw. die Kirchtürme christlicher Gotteshäuser in den übrigen Landesteilen weisen weit hin sichtbar auf die Dominanz der jeweiligen Volksgruppen in den verschiedenen Teilen des Landes hin.

Zu den Unterschieden der Sprache, Schrift und Religion treten Ungleichheiten der Mentalität, der Wertvorstellungen und des Lebensstils, die die beiden Bevölkerungsgruppen nicht minder voneinander trennen. Anlass zum Unbehagen bei den Mazedoniern ist dabei das überproportionale Wachstum des albanischen Bevölkerungsteils. Die demographische Entwicklung beider Volksgruppen differiert in einem solchen Maße, dass sie bei gleichbleibender Tendenz in 20 bis 25 Jahren etwa gleich stark sein werden.

Die Furcht, eines Tages Fremder im eigenen Land zu sein, wird zusätzlich von den Ambitionen der Albaner geschürt, mehr Rechte für sich zu erstreiten. In der Verfassung nach wie vor als Minderheit eingestuft, fordern sie angesichts ihres Bevölkerungsanteils von, wie gesagt, über 20 Prozent, gleichfalls als Staatsvolk anerkannt zu werden. Daneben steht der Ruf nach voller Gleichberechtigung der albanischen Sprache als landesweiter offizieller Amtssprache. Eine besonders hartnäckige Diskussion wird über die Anerkennung des widerrechtlich etablierten Universitätsprovisoriums in Tetovo geführt, das in der Lehre ausschließlich das Albanische verwendet. Die Mehrheit der mazedonischen Bevölkerung steht solchen Entwicklungen kritisch gegenüber. Für die meisten bedeuten diese Bestrebungen nichts anderes als Schritte auf dem Wege zur Abspaltung des albanisch bevölkerten Landesteils. Jüngst mehren sich die Stimmen, die ein ähnliches Szenario wie im benachbarten Kosovo heraufbeschwören, als auf die Serbisierung eine Albanisierung der Region folgte.

Mit der Absicht, den internen Spannungen entgegenzuwirken, band die bis zu den Parlamentswahlen im Herbst 1998 regierende Koalition der postkommunistischen Parteien SDSM<sup>5)</sup>, LP und SPM<sup>6)</sup> die albanische Partei PDP<sup>7)</sup> in die Regierungsverantwortung ein. Bei den Albanern blieb angesichts der Mehrheit des Bunds für Makedonien im Parlament jedoch der Verdacht, lediglich eine Alibirolle in der Regierung um Branko Crvenkovski zu

5) Liberale Partei Makedoniens.

6) Sozialistische Partei Makedoniens.

7) Partei der Demokratischen Prosperität.

spielen<sup>8)</sup>. Zu einer Verringerung der Divergenzen kam es nicht.

### ■ Die Parlamentswahlen von 1998

Eine erste Zäsur in der Geschichte der jungen Republik Mazedonien bedeuteten die Parlamentswahlen im Herbst 1998. Hier gelang es erstmals einer Koalition nationalkonservativer Kräfte von VMRO-DPMNE (49 von 120 Sitzen im Parlament), DA (13 Sitze) und der albanischen DPA (elf Sitze), die aus der kommunistischen Partei Jugoslawiens hervorgegangene SDSM mit ihren sozialistischen Partnern abzulösen und die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Der 33-jährige Premierminister Ljubcho Georgievski, der in der neuesten Ausgabe des Guinness' Book of Records einen Eintrag als jüngster Regierungschef der Welt erhielt, erlangte große Reputation als Erneuerer seiner in den Anfangsjahren radikal nationalistischen Partei. Seine Politik ist am Westen ausgerichtet, mit einer deutlich antikommunistischen Grundeinstellung. Eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierung war die erwähnte Genehmigung der Stationierung von NATO-Truppen auf mazedonischem Gebiet zur Beobachtung und Unterstützung des Einsatzes im angrenzenden Kosovo.

Auf wirtschaftlicher Ebene legt die Koalition den Schwerpunkt auf die Stabilisierung der nationalen Währung durch die Anlehnung an die Deutsche Mark sowie eine rasche Privatisierung der staatlichen Betriebe. Neben einigen anfänglichen Rückschlägen macht sich allmählich ein positiver Trend sowohl im Wirtschaftswachstum als auch im allmählichen Rückgang der Arbeitslosigkeit bemerkbar. Das langfristige Ziel der Regierung ist die Aufnahme in die Europäische Union, mit der seit 1997 ein Kooperationsabkommen besteht.

Bislang hielt die für den außenstehenden Betrachter seltsam anmutende Koalition aus nationaler mazedonischer und radikaler albanischer Partei allen internen und externen Widrigkeiten stand. Entgegen allen Erwartungen vollzog VMRO-DPMNE unter Ljubcho Georgievski eine pragmatische Wende und stattete seinen albanischen Koalitionspartner mit einer guten Anzahl an Regierungsämtern aus. Zahl-

8) Vgl. Andreas Raab, „Makedonien – die Innenpolitik seit der Unabhängigkeit“, in: Elke Lorenz/Andreas Raab (Hgg.), *Makedonien – Reiches armes Land*, Ulm 1997, S. 197-207.

reiche politische Gefangene wurden aus den Gefängnissen entlassen; der albanischen Minderheit wurde eine Reihe von Zugeständnissen im Bereich der schulischen Infrastruktur gemacht.

Durch ihr kooperatives Verhalten während der Kosovo-Krise, in der das Land aufgrund der enormen Belastungen für die Bevölkerung am Rande eines Bürgerkrieges stand, erlangte die neue mazedonische Regierung auch internationale Beachtung. Trotz der serbischen Provokationen gegen die ehemalige jugoslawische Teilrepublik und der angesichts der großen Zahl von albanischen Flüchtlingen zunehmenden antialbanischen Stimmung unter den Mazedoniern gelang es der Koalition, das Land durch sein eindeutiges Bekenntnis zum NATO-Einsatz in ruhigen Fahrwassern zu halten. Zudem wurde Anfang des Jahres ein Durchbruch in den Beziehungen zu dem Nachbarn Bulgarien erreicht, als der lang anhaltende Disput über die mazedonische Sprache überwunden und eine Reihe bilateraler Verträge unterzeichnet wurde. Daneben baute die Regierung kontinuierlich die Beziehungen zu Albanien, Griechenland und der Türkei aus.

Trotz dieses allgemein positiven Trends blieb die neue Regierung nicht von Rückschlägen verschont, die größtenteils auf die politische Unerfahrenheit der mazedonischen Entscheidungsträger zurückzuführen sind. Dies manifestierte sich auch während des Präsidentschaftswahlkampfes und wurde von der Opposition dankbar für ihre Propaganda aufgenommen.

#### ■ Die Präsidentschaftswahlen von 1999

Bereits bei der Auswahl eines geeigneten Bewerbers für das höchste Staatsamt konnte sich die Regierungskoalition nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Während sich die Parteiführungen von VMRO-DPMNE und DA noch Anfang des Jahres für den Chef der staatlichen Treuhand und Vorsitzenden der Demokratischen Alternative, Vasil Tupurkovski, aussprachen, wurde der Ruf der Parteibasis von VMRO-DPMNE nach einem eigenen Präsidentschaftskandidaten in der Folgezeit immer lauter. Just in der Zeit, als die Kosovo-Krise ihren Höhepunkt erreichte und auch der Druck auf das benachbarte Mazedonien stetig anstieg, betrat ein Mann die poli-



tische Bühne, der bislang eher ein Schattendasein als emsiger Zuarbeiter innerhalb der Partei geführt hatte. Boris Trajkovski vertrat in seiner Funktion als Vize-Außenminister angesichts der Belastungen durch die große Zahl albanischer Flüchtlinge sein Land gegenüber NATO-Führung und westlicher Staatengemeinschaft. Dabei übernahm er die Aufgaben des unglücklich agierenden Außenministers Aleksander Dimitrov und wurde im Zuge seiner großen Medienpräsenz im In- und Ausland innerhalb weniger Wochen zum populärsten mazedonischen Politiker. Auf Druck der eigenen Parteibasis und der guten Umfragewerte kürten schließlich die Delegierten von VMRO-DPMNE auf ihrem Parteitag Ende August Boris Trajkovski zu ihrem Kandidaten für das Präsidentenamt.

Der Methodist Trajkovski aus der Gemeinde Strumica trat als einziger Bewerber ohne politische Vergangenheit im sozialistischen System des ehemaligen Jugoslawien an. Insbesondere dadurch und aufgrund seines geringen Alters von 43 Jahren galt er in der Öffentlichkeit als Vertreter des neuen, modernen und dynamischen Mazedonien und als ehrlicher Makler zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Sympathien bei der albanisch-stämmigen Bevölkerung erlangte er zudem, als er in seiner Funktion als Vizeaußenminister angesichts des immensen Flüchtlingsstroms die Grenzen für die vertriebenen Kosovaren öffnen ließ und dadurch eine mögliche humanitäre Katastrophe zu verhindern half. Von vielen Seiten mit Vorschusslorbeeren bedacht, galt Boris Trajkovski als Favorit beim Wettbewerb um das Präsidentenamt.

Im ersten Wahlgang am 31. Oktober konnte keiner der sechs Kandidaten die absolute Mehrheit erringen. Mit einem Vorsprung von zwölf Prozent durfte sich jedoch der sozialdemokratische Kandidat Tito Petkovski (33 Prozent) als klarer Sieger vor Boris Trajkovski (21 Prozent) von seinen Anhängern feiern lassen. Angesichts der großen Popularität Trajkovskis und seiner guten Umfragewerte im Vorfeld der Wahlen muss die überraschend deutliche Erstrunden-Niederlage in erster Linie als „gelbe Karte“ für die Regierungspartei VMRO-DPMNE gewertet werden.

Als einziger der Kandidaten setzte Trajkovski bei seinen Wahlkampfauftritten in den Städten und Ge-

meinden sowie auf den Werbeträgern in Form von Plakaten, Fernseh- und Radiospots und Broschüren stärker auf die Anziehungskraft seiner Partei als auf die Profilierung seiner Person, ohne dabei zu berücksichtigen, dass die Popularität der Regierung – und hier insbesondere von VMRO-DPMNE – aufgrund nicht gehaltener Versprechungen und einiger unglücklicher Entscheidungen seit der Regierungsübernahme im Herbst 1998 stark abgenommen hatte.<sup>9)</sup>Neben der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit waren es vor allem außenpolitische Themen, die den Unmut der mazedonischen Bevölkerung hervorriefen.

9) Nach einer vom International Republican Institute (IRI) in Auftrag gegebenen Umfrage sank die Zustimmung der Bevölkerung für die regierende Partei VMRO-DPMNE von 28 Prozent (Ergebnis der Parlamentswahlen von 1998) auf zuletzt 18 Prozent (September 1999).

Durch die verbesserten Beziehungen zu den ungeliebten Nachbarn Bulgarien und Griechenland, die auch eine engere wirtschaftliche Verflechtung nach sich ziehen, wird eine Unterwanderung der mazedonischen Identität befürchtet; dies gerade auch von jener Wählerschicht auf dem Lande und in der Arbeiterschicht, die eher zur traditionellen Anhängerschaft von VMRO-DPMNE zu zählen ist. Kritisiert wird der zunehmende „Ausverkauf der mazedonischen Industrie an ausländische Investoren, die die meist maroden Betriebe durch schmerzhaftes Einsparungen bei der Belegschaft zu sanieren suchen. Jüngstes Beispiel ist die Übernahme der ehemals staatseigenen Raffinerie OKTA durch ein griechisches Konsortium.

Auch blieben die vor gut einem Jahr in die Regierungsverantwortung gewählten Politiker nicht frei von Korruptionsverdächtigungen. Als die mazedonische Regierung im Sommer dieses Jahres die Republik China (Taiwan) offiziell anerkannte und diplomatische Beziehungen zu dem Inselstaat aufnahm, sollen mehrere Millionen US-Dollar auf die Konten zahlreicher Regierungsmitglieder geflossen sein, die ihnen die Entscheidung für diesen diplomatisch äußerst fragwürdigen Schritt erleichterten. Die angekündigten taiwanesischen Investitionen indes blieben bis heute aus.

Zudem wird ebenfalls in zunehmendem Maße die freundliche Haltung der Regierung gegenüber der NATO kritisiert. Monate nach dem Ende der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen dem atlantischen Militärbündnis und Serbien um das Kosovo werden die NATO-Verbände in wachsendem Maße als Besatzungstruppen empfunden. Dies wird teil-

weise durch das ungeschickte, in Einzelfällen überhebliche Verhalten von Militärs gegenüber der ansässigen Zivilbevölkerung noch verstärkt. Als schließlich vor wenigen Wochen bei einem durch ein NATO-Fahrzeug verschuldeten Verkehrsunfall ein Minister mitsamt seiner Familie ums Leben kam, war der Ruf nach dem Abzug der ausländischen Militäreinheiten aus Mazedonien von Seiten weiter Teile der Bevölkerung und der Presse unüberhörbar. Da das Interesse der amtierenden Regierung allerdings zielstrebig auf die Integration in Europa und in die atlantischen Sicherheitsstrukturen gerichtet ist, wird der eingeschlagene Kurs trotz Kritik wohl auch in den kommenden Monaten nicht geändert werden.

Nicht zuletzt stößt auch die überraschend konstruktive Zusammenarbeit zwischen VMRO-DPMNE und dem albanischen Koalitionspartner DPA um ihren charismatischen Vorsitzenden Arben Xhaferi in der mazedonischen Bevölkerung auf Misstrauen. Die zahlreichen Zugeständnisse an die größte Minderheitengruppe im Land nähren nationalistische Strömungen in der Bevölkerung, die den „Verrat“ an den mazedonischen Werten skandieren. Bewusst nahmen die beiden schärfsten Widersacher der Regierung, Tito Petkovski und Stojan Andov, diese Thematik während des Präsidentschaftswahlkampfes auf und erlangten dadurch insbesondere in den größeren Städten und Gemeinden große Stimmengewinne. Der Stimmenanteil von zusammen knapp 45 Prozent zeigt, dass hier erheblicher politischer Sprengstoff liegt. Zwar zeigt die breite Unterstützung der albanischen Bevölkerung für Boris Trajkovski, dass diese bereit ist, sich an den politischen Prozessen auf demokratischem Wege zu beteiligen; in den Augen der Mazedonier allerdings – insbesondere der Opposition – wird Trajkovski für die Dauer seiner Amtszeit mit dem „Makel“ behaftet sein, der Präsident der Albaner zu sein. Welche Konsequenzen sich hieraus für die Partei bei den im kommenden Jahr anstehenden Kommunalwahlen ergeben wird, bleibt abzuwarten.

Fest steht jedenfalls, dass die Regierung und insbesondere VMRO-DPMNE unter erheblichem Erfolgszwang stehen. Nach dem Ende der *Kohabitation* und dem Einzug Boris Trajkovskis in den Präsidentenpalast hat die Regierung Handlungsspiel-

raum hinzugewonnen. Nun liegt es an der Partei- und Staatsführung, dem Wähler zu beweisen, dass die junge Politikergarde um Ljubcho Georgievski und Boris Trajkovski den Kinderschuhen der ersten zwölf Monate Regierungsverantwortung entwachsen ist. Nun, da das Steuer des Regierungsschiffes in der Person des Premierministers und jener des Präsidenten fest in der Hand der Inneren Makedonischen Revolutionären Organisation liegt, können die Weichen für eine zielstrebige, geradlinige Politik gestellt werden. Der Wähler wird keine Entschuldigungen mehr akzeptieren. Die Partei und die amtierende Regierung werden einzig am zählbaren Erfolg gemessen werden und allein davon wird ihr politisches Überleben letzten Endes abhängen.